



Amt der Oö. Landesregierung
4021 Linz • Landhausplatz 1

Geschäftszeichen:
Verf-2013-162460/6-Za

An das

Bundesministerium für Gesundheit
Abteilung II/A/2
Radetzkystraße 2
1031 Wien

Bearbeiterin: Mag. Petra Zahradnik-Uebe
Tel: (+43 732) 77 20-14025
Fax: (+43 732) 77 20-21 17 13
E-Mail: verfd.post@ooe.gv.at

www.land-oberoesterreich.gv.at

Linz, 3. Juni 2013

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Registrierung von Gesundheitsberufen (Gesundheitsberuferegister-Gesetz - GBRegG) erlassen und das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und das MTD-Gesetz geändert werden; Entwurf - Stellungnahme

(Zu GZ BMG-92250/0100-II/A/2/2012 vom 22. April 2013)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Amt der Oö. Landesregierung teilt zum vorliegenden Entwurf Folgendes mit:

Allgemeines

Die durch das Gesetz vorgesehene Registrierung sämtlicher Personen, die in der Gesundheits- und Krankenpflege oder im gehobenen medizinisch-technischen Dienst tätig sind, sowie deren fünfjährige "Reregistrierung" (mit Ausnahme der Angehörigen der Pflegehilfe) durch die Bundesarbeitskammer **wird aus nachstehenden Gründen grundsätzlich abgelehnt.**

Als Begründung für diese umfassende Registrierungspflicht werden in den Erläuterungen vor allem die Bedarfsplanung für den Gesundheits- und Krankenpflegebereich, die Informationsverpflichtungen auf Grund der Berufsanerkennungsrichtlinie und der Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung sowie die Qualitätssicherung im Hinblick auf die Fortbildung erwähnt.

Diese Begründung ist aus unserer Sicht jedoch nicht stichhaltig.

Aus der Sicht der Krankenanstaltenträger ist jedenfalls festzustellen, dass der Personalbedarf auf Grund der vorhandenen demografischen Daten bekannt und die vorgesehene Registrierung für das Ressourcenmanagement nicht erforderlich ist. Darüber hinaus ist der Umfang der Daten, die

gemäß § 5 gesammelt werden, für eine "generelle" Bedarfsplanung aus unserer Sicht überschießend.

Die im Entwurf genannten Richtlinien zur Berufsankennung und hinsichtlich der Patientenrechte haben zum Ziel, grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen und die Niederlassung von Personen in einem anderen Mitgliedstaat zu erleichtern. Auch aus diesen Richtlinien kann nicht abgeleitet werden, dass über sämtliche Personen, die nicht einmal ansatzweise mit grenzüberschreitenden Tatbeständen in Verbindung gebracht werden können, eine derart umfangreiche Datenfülle gesammelt werden muss, wie sie im § 5 des Entwurfs angedacht ist. Die Qualitätssicherung im Hinblick auf die Fortbildung wird bei Dienstnehmern von den Dienstgebern und bei Selbständigen von diesen - schon im eigenen Interesse hinsichtlich allfälliger Haftungsfragen - gewährleistet. Daneben ist auf die Aufsicht über die Fortbildungseinrichtungen zu verweisen. Weiters ist festzuhalten, dass in keiner anderen Berufsgruppe in Österreich eine Überprüfung der Fortbildung durch externe Stellen mit den im Entwurf festgelegten Konsequenzen einer mangelnden Fortbildung (fehlende Reregistrierung mit Berufsausübungsverbot) erfolgt. Hier stellt sich die Frage nach der sachlichen Rechtfertigung, warum gerade bei diesen beiden Berufsgruppen ein derartig hohes Qualitätsrisiko bei mangelnder Fortbildung angenommen wird.

Der Entwurf widerspricht im Übrigen auch allen Bestrebungen in Richtung Deregulierung.

Zustimmung nach Art. 102 Abs. 4 B-VG

Die im Artikel 1 §§ 4 ff. des Entwurfs vorgesehene Übertragung von Vollzugsaufgaben an die Bundesarbeitskammer bedarf der Zustimmung der Länder nach Art. 102 Abs. 4 B-VG, die aus derzeitiger Sicht seitens des Landes Oberösterreich nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Kosten

Die Kosten für die Meldungen der Unternehmen werden bei einer geschätzten Zahl von 1.000 Unternehmen seitens des Bundesministeriums für Gesundheit mit 15.000 Euro berechnet. Ob diese Schätzung realistisch ist, kann erst beurteilt werden, wenn das entsprechende Formular tatsächlich vorliegt. Jedenfalls ist damit nur die Meldung neu eintretender Mitarbeiter abgedeckt. Nicht berücksichtigt in der Kostendarstellung ist die im § 26 vorgesehene Bestandsmeldung, die von den Unternehmen bis zum 31. Mai 2015 durchzuführen sein wird (bzw. wird diese in den Erläuterungen als unerheblich dargestellt). Allein im Bereich der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG mit den in Betracht kommenden 6.700 Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern würden (bei einem Zeitaufwand von 10 bis 20 Minuten pro Meldung durch eine Sekretariatskraft und einem Stundensatz von 13,10 Euro) Kosten von ca. 14.400 bis 28.000 Euro anfallen.

Weiters stellt sich die Frage, ob die Kosten der Registrierung und Reregistrierung der Mitarbeiter vom Dienstgeber - im Hinblick auf die allgemeinen Pflichten der Dienstgeber - übernommen werden müssen.

Es ist weiters kritisch zu hinterfragen, ob dieser Verwaltungsaufwand, der bei den Unternehmen (aber auch beim Hauptverband) anfällt, tatsächlich erforderlich ist, da die zu meldenden Daten ohnehin bereits von den Registrierungspflichtigen bekannt gegeben werden müssen.

Im **Besonderen** - und unabhängig von der grundsätzlichen Ablehnung des Entwurfs insgesamt - sind beispielsweise einzelne weitere Kritikpunkte hervorzuheben:

Zu § 5 und § 18:

Wie bereits oben erwähnt, soll eine Fülle von Datenmaterial gesammelt werden, bei der sich die Frage stellt, ob dies für die angegebenen Zwecke tatsächlich erforderlich ist. Weiters sind Teile dieser Daten auf der Homepage des Ministeriums öffentlich einsichtig, was ebenfalls aus datenschutzrechtlicher Sicht zumindest bedenklich ist. Darüber hinaus ist nach § 18 zB die Meldung der Änderung der berufsbezogenen Telefonnummer und Mail-Adresse vorgesehen, was (vor allem bei Dienstnehmern) überschießend ist. Es gibt auch keinen Hinweis, dass diese Daten bei der Erstregistrierung erfasst werden.

Zu § 13:

Unverständlich ist, warum im Hinblick auf das Thema Fortbildung und im Hinblick auf eine notwendige Schnittstelle auch zum Sozialbereich der Länder nicht angedacht wurde, im Registrierungsbeirat einen Ländervertreter aufzunehmen.

Zu § 16 Abs. 4:

In dieser Bestimmung ist vorgesehen, dass bei Eintragung in das Register ein ärztliches Zeugnis vorzulegen ist, das nicht älter als drei Monate sein darf, was wiederum eine Kostenbelastung für die Personen (bzw. für den Dienstgeber) darstellt. Darüber hinaus wäre die Übermittlung von Gesundheitsdaten an eine überbetriebliche Interessensvertretung aus datenschutzrechtlicher Sicht zu hinterfragen.

Zu § 19:

Zunächst ist nochmals auf die Ausführungen im Allgemeinen Teil zur Frage der sachlichen Rechtfertigung der Fortbildungsregelungen hinzuweisen. Daneben stellt sich die Frage nach den arbeitsrechtlichen Konsequenzen (zB bei befristeten Dienstverträgen? Entlassung?).

Zu § 22:

Kritisch zu hinterfragen ist, ob es tatsächlich adäquat ist, bei einer mehr als dreijährigen Berufsunterbrechung von einer Berufseinstellung auszugehen. Offensichtlich wurde jedoch übersehen, dass nicht nur die im § 2 Abs. 4 angeführten Unterbrechungen, sondern auch gleichgelagerte Unterbrechungen nach anderen bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften (zB Karenzen von Landesbediensteten) zulässig sein müssen. Außerdem müssten hier auch Karenzen zur Kinderbetreuung nach dem zweiten Lebensjahr des Kindes berücksichtigt werden. Weiters stellt sich bei dieser Bestimmung die Frage, welche Erfordernisse (insbesondere Fortbildung?) bei einer neuerlichen Registrierung vorliegen müssen.

Zu § 25:

Hier ist die Ermessensregelung "kann" nicht nachvollziehbar. Es müsste jedenfalls bei bestehenden Dienstverhältnissen im Sinn einer verwaltungsökonomischen Vollziehung vom Nachweis im genannten Umfang abgesehen werden.

Zu § 26:

Es ist nicht ganz klar, was mit dieser Regelung tatsächlich gemeint ist, weil einerseits auf eine elektronische Datenfernübertragung abgestellt wird und andererseits in den Erläuterungen ausgeführt wird, dass die Bestandsregistrierung ein einmaliger Vorgang ist, der keine elektronische Umsetzung erfordert. Verpflichtende, teure Schnittstellen zum Hauptverband werden ausdrücklich abgelehnt.

Mit freundlichen Grüßen!

Für die Oö. Landesregierung:

Dr. Eduard Pesendorfer
Landesamtsdirektor

Ergeht abschriftlich an:

1. das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
2. alle Ämter der Landesregierungen
3. die Verbindungsstelle der Bundesländer
4. die Mitglieder der Oö. Landesregierung
5. das Institut für Föderalismus

Hinweise:

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter:

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/thema/amtssignatur>

Wenn Sie mit uns schriftlich in Verbindung treten wollen, richten Sie Ihr Schreiben bitte an das Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Verfassungsdienst, Landhausplatz 1, 4021 Linz, und führen Sie das Geschäftszeichen dieses Schreibens an.